LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
14. Wahlperiode

Drucksache 14/3935
10. 03. 2005

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Marlies Kohnle-Gros und Dorothea Schäfer (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur

Büchervernichtung an der Johannes Gutenberg-Universität

Die **Kleine Anfrage 2298** vom 25. Februar 2005 hat folgenden Wortlaut:

Wir fragen die Landesregierung:
1. Treffen Presseberichte zu, wonach an der Universitätsbibliothek der Johannes Gutenberg-Universität Mainz die Entsorgung von rund 23 000 Büchern vorbereitet, inzwischen aber davon – zumindest vorläufig – Abstand genommen wurde?
2. Wie bewertet die Landesregierung dieses Vorhaben?
3. Welche Maßnahmen sind für eine kurz- bzw. mittelfristige Abhilfe geplant?

Das **Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. März 2005 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Presseberichte sind zutreffend, wonach an der Universitätsbibliothek der Johannes Gutenberg-Universität Mainz die Entsorgung von 23 000 Büchern vorbereitet, inzwischen aber davon – zumindest vorläufig – Abstand genommen wurde.

Die Zentralbibliothek der Universitätsbibliothek ist die zentrale Ausleihbibliothek der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Ihre Aufgabe ist es, den Studierenden die Ausleihmöglichkeit aktueller Fachliteratur zu gewährleisten.

Die Diskussion um die Entsorgung veralteter Buchbestände der Universitätsbibliothek findet vor dem Hintergrund statt, dass das Freihandmagazin der Zentralbibliothek der Johannes Gutenberg-Universität Mainz ab 2006 keine Neuanschaffungen mehr aufstellen kann. Ab 2008 ist auch im geschlossenen Magazin eine Aufstellung neuer Bücher und Zeitschriften nicht mehr möglich.

Die Aufstellung neuer und aktueller Bestände ist aber unbedingt erforderlich, damit den Studierenden der Hochschule die neue wissenschaftliche Literatur zur Verfügung steht. Es handelt sich dabei vor allen Dingen auch um Lehrbücher. Nur durch die Zugänglichkeit kann die Qualität der Ausbildung weiterhin sichergestellt werden.

Die Zentralbibliothek steht also vor dem Dilemma, einerseits keine Bücher vernichten zu wollen und andererseits Platz schaffen zu müssen für die ständige Aufnahme neuer Bücher und Zeitschriften. Um diese bestehenden Kapazitätsprobleme zu lösen, hat der Senat am 18. Februar 2005 folgendes Konzept der Hochschulleitung zustimmend zur Kenntnis genommen:

– In einem ersten Schritt wird Gebrauchsliteratur, die älter ist als 15 Jahre und in den letzten 15 Jahren kein einziges Mal ausgeliehen wurde, aussortiert und zunächst von Fachkräften auf ihre Erhaltenswürdigkeit geprüft. Unter anderem bleiben Klassikerausgaben, Quellenwerke, Mainzer Dissertation oder Belegexemplare wissenschaftlich relevanter rheinland-pfälzischer Werke im Bestand der Universitätsbibliothek.
– Aus den dann für die Entsorgung vorgesehenen Werken können im Anschluss zunächst die Fachbereiche, dann die Studierenden die Literatur wählen, die für ihre Belange interessant ist.
– Die Restbestände werden entsorgt. Um welche Anzahl es sich dabei letztlich handeln wird, ist zurzeit noch nicht absehbar.

Die Universitätsbibliothek wurde von der Hochschulleitung angewiesen, nach diesen Vorgaben zu verfahren.

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 20. April 2005

Zu 2.:

Die Landesregierung begrüßt das vom Senat der Universität zustimmend zur Kenntnis genommene Konzept der Hochschulleitung. Aus Sicht der Landesregierung wäre es unverantwortlich, durch die Aufbewahrung von Büchern, die offensichtlich nicht mehr gebraucht werden und völlig veraltet sind, die Möglichkeit einzuschränken, neue – notwendig gebrauchte – Literatur aufzustellen oder für die veraltete Literatur Erweiterungsbauten zu erstellen.

Zu 3.:

Dieses Konzept der Hochschulleitung stellt aus Sicht der Landesregierung eine vernünftige Maßnahme für eine kurz- bzw. mittelfristige Abhilfe bei den Kapazitätsproblemen der Zentralbibliothek dar. Die Versorgung der Mitglieder der Universität, insbesondere der Studierenden, ist uneingeschränkt gewährleistet.

Prof. Dr. E. Jürgen Zöllner
Staatsminister